

## Vorlage Nr. 461/10

Betreff: **Umsetzung des Migrations- und Integrationskonzepts in der Fachstelle Migration**  
**- Schwerpunkt: Bildung als Schlüssel zur Integration**

Status: **öffentlich**

### Beratungsfolge

Sozialausschuss			28.09.2010		Berichterstattung durch:		Frau Ehrenberg Herrn Schöpfer	
TOP	Abstimmungsergebnis					z. K.	vertagt	verwiesen an:
	einst.	mehr.	ja	nein	Enth.			

### Betroffene Produkte

2204	Betreuung von Migranten
2209	Offene Ausländerarbeit

### Betroffenes Leitbildprojekt/Betroffene Maßnahme des IEHK

--

### Finanzielle Auswirkungen

<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> einmalig	<input type="checkbox"/> jährlich	<input type="checkbox"/> einmalig + jährlich
<b>Ergebnisplan</b>		<b>Investitionsplan</b>		
Erträge		Einzahlungen		
Aufwendungen		Auszahlungen		
<b>Finanzierung gesichert</b>				
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	durch		
<input type="checkbox"/> Haushaltsmittel bei Produkt / Projekt				
<input type="checkbox"/> Mittelumschichtung aus Produkt / Projekt				
<input type="checkbox"/> sonstiges (siehe Begründung)				

### mittelstandsrelevante Vorschrift

Ja       Nein

**Beschlussvorschlag/Empfehlung:**

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

**Begründung:**

1) Vorbemerkungen zur Entwicklung der sozialen Situation der Klientel

Seit dem letzten Bericht vor dem Sozialausschuss im Dezember 2009 sind 7 Personen als Asylbewerber (inklusive Folgeanträge) und 7 als Spätaussiedler nach Rheine zugewiesen worden.

Die Asylbewerber konnten in der städtischen Unterkunft an der Dutumer Straße untergebracht werden, wo sie durch das dortige Stadtteilbüro der Fachstelle Migration begleitet werden. Besonders der dortige „Willkommensdeutschkurs“ im Rahmen der Rheiner Sprachoffensive hat sich dabei sehr positiv ausgewirkt. Ohne Wartezeiten konnten alle neu Zugewiesenen direkt mit einem Deutschkurs versorgt werden. Durch das zusätzliche Angebot einer Kinderbetreuung während der Kurszeiten wurde auch Müttern die Teilnahme ermöglicht und die Kinder in der deutschen Sprache gefördert.

Bei den Spätaussiedlerzuzügen handelte es sich in allen Fällen um Verwandtennachzüge. Mit entsprechender Unterstützung und Beratung gelang es in allen Fällen, dass die bereits in Rheine lebenden Familienangehörigen schon vor der Ankunft der neuen Spätaussiedler für privaten Wohnraum sorgen konnten. Die weitere Begleitung der Familien geschieht dann jeweils durch das zur Wohnung nächstgelegene Stadtteilbüro. Hier erfolgt auch u. a. die Vermittlung in einen Integrationskurs bei der VHS und die Einschulung der Kinder. Es zeigt sich, dass das Unterstützungsangebot in den ersten Wochen intensiv genutzt wird. Mit der Zeit klingt die Häufigkeit der Kontakte ab. In Problemsituationen, z. B. bei familiären Konflikten, Schullaufbahnfragen, Wohnungsfragen, Nachholen von weiteren Familienangehörigen usw., leben sie aber wieder auf.

Durch die „Altfallregelung“ erhielten ca. 230 langjährig hier lebende Flüchtlinge eine Aufenthaltserlaubnis. Der neue Status ist mit der Anforderung verbunden, den Lebensunterhalt aus eigener Kraft sicher zu stellen. Die Familien, die bereits seit mindestens 10 Jahren und länger in Rheine leben, nehmen ebenfalls an den Integrationskursen des Bundesamts bei der VHS teil, die ihnen mit dem Flüchtlingsstatus nicht zugänglich waren, oder sie haben schon eine Arbeit aufgenommen. Drei Jahre nach Einführen der Altfallregelung ist festzustellen, dass gerade junge ehemalige Flüchtlinge eine Ausbildung machen (viele bei der Kreishandwerkerschaft), in einem Anstellungsverhältnis stehen oder auch ein Studium aufgenommen haben oder ein eigenes Geschäft betreiben. Die deutsche Sprache wird in der jüngeren Generation gut beherrscht. Hier zeigt sich, dass Rheine bereits seit vielen Jahren den Schulbesuch auch der Flüchtlingskinder nachhaltig gefördert hat.

Problematisch gestaltet sich die Situation der Älteren und Kranken. Sie können die Auflage, sich selbst zu versorgen oft nicht erfüllen und das Einkommen der

Kinder reicht nicht für die gesamte Familie aus. Es wird aber aus humanitären Erwägungen kaum möglich sein, sie von den Familienmitgliedern, die die Auflagen erfüllen, zu trennen und alleine in die politisch und wirtschaftlich noch sehr wenig gefestigten Herkunftsländer abzuschicken.

Mit der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis haben die ehemaligen Flüchtlinge auch die Möglichkeit ein privates Mietverhältnis einzugehen. 18 Familien sind seither aus den städtischen Übergangswohnungen ausgezogen. Die dadurch frei gewordenen Übergangswohnheime können in naher Zukunft (z. T. nach Ablösung von Auflagen der Bezirksregierung) aufgegeben werden. Die Unterkunft Dutumer Straße soll aber als Aufnahmeeinrichtung und die Sammelunterkunft Kammweg als Notreserve erhalten bleiben, um bei einem plötzlichen Wiederanstieg der Asylbewerberzahlen gewappnet zu sein. Zurzeit sind noch ca. 50 Übergangswohnungen belegt.

Eine besondere Aufmerksamkeit erfordern weiterhin die Flüchtlinge, die trotz Langzeitaufenthalt und Altfallregelung in den städtischen Unterkünften verbleiben müssen. Zum größten Teil handelt es sich bei ihnen um sozial problematische Personen. Zumeist liegen psychiatrische Erkrankungen (Sucht, Depression usw.), körperliche Gebrechen und lebensbedrohliche Krankheiten (oft Krebserkrankungen, schwerste Mehrfachbehinderungen bei Kindern usw.), Alterserkrankungen, aber auch soziale Auffälligkeiten, Erziehungs- und Partnerschaftsprobleme, Nachbarschaftskonflikte, Gewalt in der Familie usw. vor, die fortwährenden verstärkten Einsatz und ein beständiges Eingreifen der Sozialpädagogen der Fachstelle Migration erforderlich machen. Die Fachstelle arbeitet dann eng mit Ärzten, Polizei, Schulen, Kindergärten, Jugendamt usw. zusammen.

Wenngleich es das Ziel der Integrationsarbeit ist, Zuwanderern die „normalen“ sozialen Einrichtungen und Hilfsangebote zugänglich zu machen, zeigt sich doch häufig, dass es dort trotz aller Offenheit für das Thema Migration doch große Unsicherheiten im interkulturellen Umgang gibt. Die Fachstelle Migration wird so von vielen Institutionen als Informations- und Beratungsstelle in Anspruch genommen.

Neben ihrer Zuständigkeit für zugewiesene Zuwanderer (Flüchtlinge und Spätaussiedler) konnte die Fachstelle Migration ihr Beratungsangebot z. B. auf die türkischstämmige Bevölkerung und ihrer Gruppen und Vereine und ausländische Ehegatten Deutscher aber auch auf die mit ihnen in Kontakt stehende einheimische Bevölkerung ausweiten. Ermöglicht wurde dieses u. a. auch durch die Nähe zur Klientel in den Stadtteilbüros.

## 2) Bildung als Schlüssel zur Integration

Durch die Priorisierung im Migrations- und Integrationskonzept und die Ergebnisse des KOMM-IN Projekts 2008/2009 sind Bildung, Ausbildung und Arbeitsaufnahme heute häufiger als früher Gegenstand der Beratungen.

Viele Institutionen und Einrichtungen arbeiten an der Umsetzung dieser Themenschwerpunkte. Dabei kristallisiert sich ein enges Zusammenspiel von Beratungsinstitutionen, Elternhäusern, Schüler/innen und Bildungseinrichtungen (Kinder-

gärten, Schulen und Erwachsenenbildung) aber auch der Einsatz von Ehrenamtlichen heraus.

Hauptprotagonisten sind die Schulen und Familienzentren mit hohem Zuwandereranteil, die Migrationsdienste der Caritas und verschiedene Abteilungen der Verwaltung (Fachstelle Migration, Stabsstelle Bürgerengagement, VHS, Ausländerbehörde usw.).

Im Fokus der Diskussion stehen aktuell die vielen bestehenden ehrenamtlichen Initiativen. Die Stabsstelle Bürgerengagement hat jüngst alle eingeladen, sich vorzustellen. Das Ergebnis war, dass es eine Vielzahl von Trägern mit ganz unterschiedlichen Zielgruppen gibt. Deutlich wurde auch, dass Ehrenamtsinitiativen in ein Netz von weiteren Angeboten eingebunden sein müssen, das Schüler/innen, Schulen, Eltern und Ehrenamtliche miteinander verknüpft.

Exemplarisch sei dieses am Angebot der Fachstelle Migration dargestellt.

- **Gruppenarbeit mit Kindern**

- Bereits im **Vorschulalter** werden die Kinder pädagogisch betreut, während ihre Eltern an einem Deutschkurs der Sprachoffensive teilnehmen. Sprache, Konzentration, Sozialverhalten und Freude am Lernen werden hier systematisch gefördert.
- An verschiedenen Standorten gibt es **Hausaufgabenhilfegruppen**. Der Einsatz von Honorarkräften, ehrenamtlich Tätigen und „Brücken-Jobbern“ („1-€-Kräfte“) ermöglicht es, dass das Angebot für alle Kinder kostenlos ist. An den Standorten Türkischer Kulturverein, Stadtteilbüro Catenhorner Straße und Stadtteilbüro Humboldtstraße wurden im letzten Jahr ca. 50 zugewanderte aber auch einheimischen Kindern durch diese Hausaufgabenhilfe gefördert. Auch im Centro S. Antonio werden solche Hausaufgabenhilfen angeboten, so dass es in vielen Stadtteilen ein für die Schüler/innen leicht erreichbares Angebot gibt. Einige der Teilnehmer/innen schafften im letzten Jahr so z. B. ihren Realschulabschluss, mehrere Viertklässler erhielten eine Empfehlung zur weiterführenden Schule.

Das Konzept dieser Gruppen verfolgt nicht nur schulische, sondern auch soziale Aspekte. Durch die Nationalitäten, Altersgruppen und Schulformen übergreifende, heterogene Zusammensetzung der Hausaufgabenhilfegruppen und die Kopplung an Freizeitaktivitäten („Jungengruppe“ und „Mädchengruppen“) werden auch die basale sozialen Fähigkeiten der Kinder gefördert.

Die Hausaufgabenhilfen sind für die Schüler/innen gedacht, die nicht durch die schulische Ganztagsbetreuung versorgt sind.

- **Schulpatenprojekte**

- In Zusammenarbeit mit der Ehrenamtsbörse der Stabsstelle Bürgerengagement konnte eine nicht unerhebliche Anzahl ehrenamtlicher Paten gewonnen werden. Gegenwärtig werden 17 Zuwandererkinder und eine junge erwachsene Umschülerin im Bereich der Fachstelle Migration betreut. Weitere Initiativen kamen im letzten Schuljahr besonders Zuwanderern zugute, darunter die Projekte „FitZu“ des Caritasverbandes und „Jobpaten“

der Stabstelle/Gesamtschule.

- Die Akquise und Motivation der ehrenamtlichen Paten stellte sich oft als problematisch heraus. Es ist daher immer nur eine eingeschränkte Zahl von Kindern, die profitieren können. Nachhaltig wird der Anteil von Zuwandererkindern an höheren Bildungsabschlüssen hierdurch nicht beeinflusst werden können. Im Einzelfall sind die Paten aber für die betroffenen Kinder ein wesentlicher Erfolgsgarant.
- Im Bereich der Fachstelle Migration wurde die Teilnahme der Zuwanderer-  
kinder am Patenprojekt entweder von den Eltern oder von Lehrpersonen  
initiiert, indem diese um die Vermittlung von ehrenamtlichen Kräften  
nachsuchten. Die teilnehmenden Kinder sind fast ausnahmslos als leistungstarke Schüler/innen aufgefallen und das Ziel ist zumeist eine Begleitung des Überganges von der Grundschule in eine weiterführende Schule. Es darf aber nicht darüber hinweg gesehen werden, dass viele Vermittlungsversuche nicht geglückt sind. Eine Analyse dieser Fälle zeigt, dass es vor allem ein bildungsfernes Elternhaus war, das die Initiative scheitern ließ. Ehrenamtlichkeit kann nicht gegen den Einfluss der Eltern arbeiten und darf die Kinder nicht aus dem Einfluss der Eltern lösen. Dadurch ergeben sich nämlich in der Regel neue Probleme. Das Wertesystem des Elternhauses muss verbindlich bleiben, will man nicht ein Wertevakuum riskieren, das Schulerfolg wiederum unmöglich macht und zudem abweichendes Verhalten befürchten lässt.

- **Elternarbeit**

Deshalb müssen Gruppenförderung und Paten-Einzelförderung eng mit Elternarbeit verknüpft sein.

- Elternarbeit beginnt damit, dass man die Eltern in all ihrer Individualität und kulturellen Verschiedenheit dort abholt, wo sie gerade stehen, sie auf ihre Stärken verweist und schrittweise in ihrem Selbstwert stärkt. Nur starke Eltern haben Vorbildfunktion und können ihre Kinder verantwortlich in Bildungsfragen unterstützen. In den Stadtteilbüros finden die Eltern wohnortnahe Ansprechpartner in allen schulischen Fragen, z. B. um auf Informationen und Briefe der Schulen in angemessener Weise reagieren zu können.
- Die Sprachoffensive der Stadt Rheine ist Teil der Elternarbeit im Sinne einer Stärkung der Eltern. Die rege Teilnahme zeigt, dass die Eltern, vor allem die Mütter, dieses auch verstanden haben. 184 Teilnehmende besuchten die Kurse im 1. Halbjahr 2010. Davon waren 158 weiblich und 26 männlich. Wie bereits in den ersten zwei Semestern der Sprachoffensive zu beobachten war, äußern auch vormals lernungewohnte Frauen den Wunsch, weiter zu lernen und melden sich für einen (lernintensiveren) Integrationskurs an. Im letzten Semester wurde der Stundenumfang für viele Kurse wegen der großen Nachfrage von 40 auf 60 Std. erhöht. Es gab 5 Alphabetisierungs-, 7 Anfänger- und 4 Fortgeschrittenenkurse. Außerdem gab es noch 3 Jugendkurse und einen Kurs „Deutsch für den Beruf“. Aufgabe der Anbieter und der Betreuungsstellen ist vor allem der Erhalt und die Förderung der Motivation der Teilnehmer/innen.

- Ein weiterer Schritt auf dem Wege zu einer erfolgreichen Elternbeteiligung an der Bildung ist das Durchführen von Elternkonferenzen in und auch außerhalb von Schulen. Zwei Elternkonferenzen wurden im letzten Jahr von der Fachstelle Migration durchgeführt. Zum einen sollte den Eltern Gelegenheit gegeben werden, sich zu artikulieren, zum anderen bieten die Konferenzen den Pädagogen die Möglichkeit, neue Wege der Elternarbeit aus den Reaktionen und Erzählungen der Eltern abzuleiten. Erste Auswertungen zeigen, dass eine Ansprache besonders der bildungsfernen Eltern von deren Stärken ausgehen muss.  
Zur ersten Elternkonferenz wurden alle Eltern eingeladen, die in einer bestimmten Zeit in die Sprechstunden der Fachstelle Migration kamen. Zwar hatten die Eltern, die dann zur Konferenz erschienen (es waren lediglich fünf aus den Kulturkreisen Sri Lanka, Polen, Kasachstan, Angola und China) nicht alle selbst Schulbildung genossen, sie erwarteten aber von ihren Kindern ohne Vorbehalte gute schulische Leistung. Zu einer zweiten Konferenz waren auf der Grundlage eines persönlichen Verhältnisses zwischen einem Mitarbeiter der Fachstelle Migration und dem Türkischen Kulturverein gezielt türkische Mütter eingeladen worden. 14 Mütter kamen dieses Mal, bestimmten aber so zu sagen den Rahmen des Treffens selbst, indem sie daraus kurzerhand ein „Frauen-Frühstück“ im Rathaus organisierten. In der Atmosphäre der Anerkennung ihrer Kreativität und durch Aufwertung des Treffens durch die Anwesenheit der Beigeordneten Frau Ehrenberg waren die Mütter in der Lage, ihre zum Teil belastenden eigenen Schulerfahrungen zu überwinden und ihre Erwartungen an die Schulen ihrer Kinder offen zu äußern.
- Da die Mütter ihre traditionelle Frauenrolle oft als ihre Stärke betrachten, wurde auch eine internationale Kochgruppe eingerichtet. Sie ermuntert die Mütter, sich in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Allmählich finden auch Frauen aus bildungsfernen Milieus zu diesen Treffen.
- Infoveranstaltungen, z. B. zur Erziehung der Kinder in Mehrsprachigkeit, sollen die Sorge der Eltern um eine Entfremdung ihrer Kinder entkräften.

Elternarbeit – im beschriebenen Fall außerhalb der Schule – muss vielschichtig angelegt sein. Es ist eine Aufgabe für die Zukunft, sie experimentell auszubauen und auch für die Schulen nutzbar zu machen, die ihrerseits bereits mit vielen neuen Formen der Elternarbeit experimentieren.

#### • **Interkulturelle Kompetenz in Bildungseinrichtungen**

Der Anteil der Zuwanderer im Bildungssystem ist im letzten Jahr erneut gestiegen. Der Ausbau Interkultureller Kompetenzen in den Schulen ist daher ein vorrangiges Thema.

- Die Fachstelle Migration unterstützte die Bildungseinrichtungen im letzten Jahr mit einem weiteren Fortbildungsangebot. Ende 2009 fand ein Seminar mit Dozentinnen des Sozialethnologischen Instituts Münster statt, an dem Vertreter/innen vieler Schulen, Kindergärten, Familienzentren und Fachdienste teilnahmen. Im Mittelpunkt standen Überlegungen und Übungen

zur interkulturellen Elternarbeit in Schulen und in der Erwachsenenbildung.

- Der Arbeitskreis des Netzwerks Migration „Bildung und Migration“ dient dem Austausch neuer Ideen und der gemeinsamen Analyse von Erfolgen und Fehlschlägen. In ihm treffen sich Lehrer/innen, Erzieher/innen und Sozialberater/innen.

### **3) Monitoring**

Durch ein lokales Monitoring kann die Entwicklung u. a. der Bildungsteilhabe von Zuwanderern in Rheine und damit der Grad ihrer erfolgreichen Integration nachgehalten werden.

Anfang 2009 wurden in der Schlussdokumentation zum KOMM-IN Projekt der Stadt Rheine erste Zahlen zu integrationsrelevanten Indikatoren zusammengestellt und veröffentlicht.

Zurzeit werden in der Fachstelle Migration die neuen Daten für das Jahr 2010 gesammelt und statistisch aufbereitet. Viele der abgefragten Indikatoren zielen direkt auf das Thema Bildung in Zuwanderermilieus.

In der Sitzung des Sozialausschusses werden die neuen Zahlen mit Bildungsbezug in Gegenüberstellung zu den Zahlen von 2009 aktuell präsentiert werden können.